Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Inserate übernehmen außerhalb Berlins: Berlin: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte, Wilh. Schaller. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner, Wilh. Wilhmsen. — Breslau: C. Schossnarski. — Mainz: D. Frank. — Wiesbaden: C. Marowski.

Wien: M. Dubes, I., Wollzeile No. 6—8; A. Oppelik, I., Stubenbastei 5. — Frankreich, England und Belgien: Alleinige Annoncen-Agentur bei der Compagnie générale de Publicité Européenne, Paris, F. Jones & Co. in Paris, 31bis rue du Faubourg Montmartre. — Schweiz: Orell Füssli & Co., Zürich.

Nr. 26. [37. Jahrgang.] **Berlin, Dienstag den 1. Februar 1898.** **[37. Jahrgang.] Nr. 26.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen; bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **4 Mark, für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei den Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Expeditionen** und die **Expedition, Wilhelmstraße 32,** Abonnements zum Preise von **4 Mark** vierteljährlich, sowie die **Post-Expeditionen** von **4 Mark 40 Pf.** inkl. Bestellgebühr entgegen. Preis der einzelnen Nummer 10 Pf. Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin 48, SW. Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitig Honoraranspruch erbeten. Nachträgliche Honoraranspräche finden keine Berücksichtigung;** unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden.

Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248. **Fernsprech-Anschluß Amt 6 Nr. 3248.**

Politischer Tagesbericht.

Berlin, den 31. Januar.

An die bereits mitgetheilten Kundgebungen, die zum Geburtstage Sr. Majestät des Kaisers von Deutschen im Auslande erfolgt sind, schließen sich weitere Telegramme der deutschen Kolonieen in Turin, Riga, Tiflis, Baku, Sofia, Rustschuk und Sarajewo, worin mit der Darbietung ehrfurchtsvoller Glückwünsche das Gelübde unwandelbarer Treue zu Kaiser und Reich erneuert wird. In Sofia haben sich auch die dortigen, unter deutschem Schutz stehenden Schweizer mit herzlichen Wünschen für unseren kaiserlichen Herrn angeschlossen. Von Jassy aus beglückwünschte die dortige evangelische Gemeinde ihren erhabenen Patron. Die in Nizza weilenden Deutschen sandten einen begeisterten Ausdruck ihrer Huldigung. Der Verband deutscher Vereine in Porto Alegre sprach ebenfalls telegraphisch seine ehrfurchtsvollen Glückwünsche aus. Von der deutschen Kolonie in Veracruz lief ein Telegramm folgenden Inhalts ein:

„Mit unserem ehrfurchtsvollen Glückwunsch zum Geburtstage Euerer Majestät verbinden wir die Hoffnung auf die Gestaltung der deutschen Marine im vollen Umfange der jetzigen Vorlage. Wie wir Deutsche hier aus Nord und Süd einheitig dem Eintreten Euerer Majestät für die Sicherheit und Größe des Reiches zujubeln, halten wir für Pflicht des deutschen Volkes und seiner Vertreter im Reichstage, dem Ausbau der Marine zuzustimmen. Möge die alte Heldensage vom hörnernen Siegfried und dem unsäglichen Leid, welches eine verwundbare Stelle veranlasste, eine ernste Mahnung sein!"

Wie wir hören, ist nunmehr dem Bundesrath der Entwurf eines Gesetzes zugegangen, durch welches die in Aussicht gestellten Aenderungen von Bestimmungen über das Postwesen im Gebiet des Deutschen Reichs eingeführt werden sollen.

Die mit dem letzten Postdampfer in Marseille eingetroffenen Zeitungen aus Tonkin melden, daß der deutsche Dampfer „Kongmoon", Kapitain Schütz, von der Chinesischen Küstenfahrts-Gesellschaft am 24. November in **Kiautschau** mit Depeschen für das deutsche Geschwader sowie Vorräthen für die Schiffe und die Truppen angekommen sei. Der Dampfer, melden diese Blätter weiter, fand dort Alles vollkommen ruhig. Zwischen Deutschen und Chinesen herrschte die aufrichtigste Harmonie. Die deutschen Offiziere machten mit schwachen Patrouillen mehrere Streifzüge ins Innere des Landes; sie wurden überall aufs Beste von der Bevölkerung aufgenommen, der sie anempfahlen, sich nicht zu beunruhigen, und die Versicherung gaben, daß sie nichts zu befürchten hätte, solange sie sich freundlich gegen die Besucher verhielte.

Aus Indien und Beluttschistan.

In dem Grenzkrieg gegen die Afridis und sonstige nordwestlich an Indien angrenzende Pathanstämme häufen sich für die Engländer die Unfälle. Nach einer gestern in Kalkutta vom General Westmacott eingegangenen Depesche gerieth die vierte Brigade der englisch-indischen Truppen am Sonnabend in einem Engpasse im Afridiland in einen Hinterhalt. Fünf englische Offiziere und acht Mann sind gefallen, zwei Offiziere und 17 Mann verwundet worden; weitere 17 Mann werden vermißt. Die Brigade war auf dem Wege, sich mit den übrigen Brigaden zu vereinigen, um die Eingeborenen von den Weideplätzen auf der Kajuri-Ebene zu vertreiben. Diese Vereinigungsbewegung war, wie eine weitere Depesche meldet, von den anderen Brigaden, beinahe ohne daß sie auf Widerstand gestoßen waren, bereits durchgeführt worden.

Wenn auf 13 Todte, die das englische Expeditionskorps bei diesem Ueberfall zu verzeichnen hatte, nicht weniger als fünf britische Offiziere kommen, so dürfte das als ein neuer Beweis zu betrachten sein, daß die Offiziere es an Bravour durchaus nicht fehlen lassen, wohl aber dürfte der Vorwurf gerechtfertigt sein, daß nicht immer mit der erforderlichen Umsicht vorgegangen wird. Weiterhin scheint der Umstand, daß immer eine unverhältnißmäßig große Anzahl Offiziere in den Gefechten mit den Grenzstämmen den Tod findet, darauf hinzudeuten, daß es unter diesen Bergvölkern nicht blöß vortreffliche Schützen giebt, sondern daß diese Schützen auch mit guten modernen Gewehren ausgestattet sind.

Diese Thatsache ist übrigens schon bei Gelegenheit der Unterfuchung festgestellt worden, der die von den unterworfenen Stämmen ausgelieferten Gewehre unterworfen wurden. Es befanden sich unter diesen Gewehren zahlreiche englischer Herkunft. Die in Lahor im Pendschab erscheinende „Civil and Military Gazette", das Sprachrohr der britisch-indischen Armee, veröffentlichte seiner Zeit einen Protest gegen die Annahme, daß englische Kaufleute gewissenlos genug wären, den Gegner ihres Landes mit Waffen und Schießbedarf zu unterstützen. Aber die „Sind Gazette" brachte schließlich einen Bericht aus Buschir, daß von dort und anderen Punkten der persischen Küste aus ein lebhafter Handel mit englischen Hinterladern nach Martinischem und Lee-Metfordschem System betrieben wird. Die Waffen stammen aus Birmingham und sind von vornherein für die Ausfuhr nach Persien und Indien bestimmt, denn die Schäfte sind für den morgenländischen Geschmack prächtig mit Goldarbeit verziert, häufig mit den Löwen und der Sonne, den persischen Abzeichen. Die eingeborenen Küstenhändler vertreiben diese Waffen weiter ins Innere und verkaufen sie an Perser, Afghanen und indische Bergvölker.

Es ist jetzt festgestellt, daß die auf dem Dampfer „Beluttschistan" beschlagnahmte Ladung ebenfalls aus Birmingham stammte und mit dem Grafen Leontjew oder irgend einem russischen Besteller nichts zu thun hatte. Wie „Daily Chronicle" berichtet, ist durch die Waffenbeschlagnahme in Moskau das Geschäft von drei großen Birminghamer Waffenfabriken zeitweise lahmgelegt, weil die in dem Handel steckenden Londoner Kaufleute den Waffenfabrikanten den Auftrag erhielt haben, einstweilen die Fabrikation einzustellen. Es hat seit lange ein bedeutender Waffenhandel zwischen Birmingham und den Persischen Golf stattgefunden. Ein bekannter Fabrikant erklärte letzter Tage, daß er die letzten drei Jahre hindurch jede Woche 100 Gewehre und 20 Ztr. Munition dorthin abgesandt habe. Die Absendung geschah bald von London, bald von Cardiff, bald von Manchester. Die persischen Behörden machten gute Miene zu diesem bösen Spiel, bis die britische Regierung einschritt. Die betreffende Birminghamer Firma hat daher 10 000 Gewehre geliefert und war gerade daran, 500 jeden Monat für ihren indischen Kunden zu liefern.

Großbritannien.

Kundgebung des Kolonialministers.

In einer in Birmingham gehaltenen Rede erklärte der Staatssekretär der Kolonieen, Chamberlain, die hauptsächlichste Gefahr für den britischen Handel wäre eine allmälige Abschließung solcher Märkte, die früher für alle Welt frei gewesen wären. Die britische Politik müsse die englischen Besitzungen vertheidigen und verlangen, neue Märkte, wo immer solches möglich, zu erschließen, sowie zu verhindern, daß alte Märkte zu Ungunsten Englands verschlossen oder in ausschließliche Monopole irgend eines einzelnen Staates umgewandelt würden. Im gegenwärtigen Augenblicke schwebe eine solche Politik über dem Haupte Englands wie ein Damoklesschwert in Westafrika und China. Mit Bezug auf die Kolonieen an der Goldküste und in Lagos sagte Chamberlain, die britischen Ansprüche auf deren Hinterland, welche Großbritannien durch Verträge für genügend und zuverlässig verbürgt gehalten hätte, würden jetzt bestritten, und Landschaften, welche Großbritannien zu seinem Eigenthum gerechnet habe, würden von Anderen überlaufen und überschwemmt. Die England anhänglichen Häuptlinge seien abgesetzt oder getödtet worden, andere wendeten sich nunmehr an England um Schutz. England blicke nicht mißgünstig auf die Ausdehnung der Reichsnachbarn, es verlange nur Achtung für sein Recht. Mit Bezug auf China wünsche England, daß, was immer für neue Vortheile dort gewonnen werden würden, dieselben Allen in gleicher Weise offen stehen sollten. Chamberlain glaubt, daß alle handeltreibenden Mächte im Allgemeinen in dieser Politik übereinstimmen. England habe nicht den Wunsch, das chinesische Reich zu zerbröckeln, es wünsche vielmehr, daß die vorhandenen Verträge und Rechte aufrecht erhalten würden.

Chinesische Auffassungen.

Ein Vertreter der „St. James's Gazette" hat eine Unterredung mit einem in London wohnenden „vornehmen Chinesen" über die chinesische Anleihe gepflogen. Der „Chinese" sagte: „Wir möchten lieber eine Anleihe von irgend einem Lande unter der Sonne haben, als von Rußland. Weitblickende chinesische Staatsmänner möchten lieber ein Gegengewicht gegen den russischen Einfluß in China schaffen. Darüber herrscht kein Zweifel, daß wir lieber die Anleihe von England haben würden. Die Engländer wollen keine Gebietserweiterung in China." Im weiteren Verlaufe der Unterredung sagte der „Chinese": „Ich glaube, daß das Resultat der jetzigen Wirren sein wird, daß das ganze China dem Welthandel eröffnet werden wird. Die Chinesen werden fortan mit anderen Völkern in Berührung kommen und damit werden die Vorurtheile auf beiden Seiten megfallen. Diese Vorurtheile sind gegenwärtig groß. Die Chinesen verstehen die Ausländer nicht und die Ausländer nicht die Chinesen. In England glaubt man z. B., daß China deshalb gegen den Bau von Eisenbahnen ist, weil diese über die Gräber gehen müßten. Unter den niederen Klassen in China mag ein solches Vorurtheil bestehen, die oberen Klassen haben andere Gründe dagegen. Einer von diesen Gründen ist, daß die jetzigen Verkehrsmittel Chinas genügen und die Einführung von Eisenbahnen nur die Ebbe und die Lebenskosten erhöhen würde. Die Eisenbahnen sind ja gut für Handelswege. Aber sie sind auch sehr nützlich für die Hinschaffung von Truppen. Gegenwärtig besitzt China keine wirkliche Armee. Der Bau von Eisenbahnen würde im Kriegsfalle nur unseren Feinden zu Gute kommen."

Frankreich.

Wahlreden.

Bei einem am gestrigen Tage zu Royat im Departement Puy de Dôme über zu Ehren veranstaltetem Festmahl hielt der Führer der Radikalen, Abg. Bourgeois, eine Rede, in der er die Gründe seiner Gegnerschaft gegen die Regierung auseinandersetzte. Er bestritt zunächst, daß er die republikanische Partei entzweien wolle; vielmehr wolle er die Vereinigung auf demokratischem Boden. Sodann entwickelte Bourgeois sein Programm der Verfassungsrevision und der Schaffung eines Einkommensteuersystems, wobei er die Forderung der Gleichheit der sozialen Lasten aufstellte. Er berief sich auf das Beispiel der monarchischen Länder, bei denen die Einkommensteuer in Geltung ist, und erinnerte daran, wie die Adligen und Reichen 1789 ihre Privilegien aufgegeben hätten. Redner rechtfertigte sodann die Haltung der Radikalen in der Dreyfus-Angelegenheit; er sagte, daß sie gegen die Regierung stimmten, weil diese der für die Vaterlandsfreunde betrübenden Kampagne die Ehre hätten bereiten können. Die Radikalen hätten die Armee über jede Disputation stellen wollen. Sie wollten, setzte er hinzu, die religiöse Duldung. Endlich wandte sich Bourgeois scharf gegen die Gemäßigten, welche mit den Konservativen zusammengehen, und trank schließlich auf die republikanische Auvergne.

* * *

In Limoges hielt bei einem Bankett, das von dem Blatt „Petit Centre" für seine Mitarbeiter veranstaltet wurde, der Deputirte Pourquery eine Rede, in welcher er die Freiheit der Presse pries und ihr rieth, die öffentliche Meinung zu leiten, anstatt sich von ihr fortreißen zu lassen. In Bezug auf die nächsten Wahlen bob Pourquery hervor, daß eine Verbesserung der parlamentarischen Sitten nöthig sei sowohl in Frankreich als auch im Auslande, was die lebenschaftlichen Szenen in den belgischen und österreichischen Parlamenten bewiesen. Redner wünscht eine starke und feste Regierung und rühmt in dieser Beziehung die Festigkeit des Kabinets Méline, das eine einige Majorität hinter sich habe und ein Reformprogramm besitze, das weder furchtsam noch abenteuerlich sei. Der Redner, welcher erklärt, er sei der Demokratie ergeben, verbreitete sich über die Arbeit der künftigen Kammer, welche vor allen Dingen die antistäßigen Ungleichheiten in der Besteuerung zu beseitigen habe, und bekämpft alsdann die Sozialisten. Die Kammer müsse die landwirthschaftliche Frage, die Arbeiterfrage und diejenige der nationalen Erziehung studiren.

In Bordeaux hielt gestern Millevoye eine gegen die Dreyfus-Affäre gerichtete Versammlung ab; er setzte die allgemeine Weltlage auseinander und wandte sich heftig gegen die Juden. Die Dajwischenkunft von Anarchisten und Sozialisten rief einen gewaltigen Tumult hervor. Ein Anarchist wurde blutüberströmt hinausgeworfen. Der Kommissar hob die Versammlung auf.

In der vor einigen Tagen aus New-York gebrachten Meldung, wonach von dem Kongreß der Vereinigten Staaten ein Gesetz über das **Verbot des Robbenfangens** im nördlichen Stillen Ozean und der Einfuhr von dort erbeuteter Robbenfellen in die Vereinigten Staaten angenommen worden ist, war hervorgehoben worden, daß dieses Gesetz noch der Zustimmung des Präsidenten der Union bedürfe. Nach neueren Nachrichten ist dieses jetzt erfolgt und eine Ausführungsverordnung zu dem Gesetze erlassen worden, so daß das erwähnte Verbot nunmehr in Kraft getreten ist.

Bei der Berathung des Lehrerbesoldungsgesetzes und Wittwen- und Waisenpensionsgesetzes im Elsaß-Lothringischen Landesausschusse gab Unterstaatssekretair v. Schraut folgenden Ueberblick über die allgemeine Finanzlage des Reichslandes.

Das Etatsjahr 1896/97 hat eine Balanzirungsanleihe von 1 200 000 ℳ vorgesehen. Diese Anleihe ist nicht nothwendig geworden. Es hat sich vielmehr ein Ueberschuß von 1 017 000 ℳ ergeben. Das laufende Etatsjahr, das am 31. März abläuft, enthält eine Balanzirungsanleihe von 3 100 000 ℳ. Nach dem gegenwärtigen Stande dürfte mit Bestimmt anzunehmen, daß die Aufnahme dieser Anleihe nicht nothwendig wird; wogegen es ungewißheit, ob sich ein potentieller Ueberschuß ergeben wird. Der Grund hierfür sind zwei außerordentliche Ausgaben, die wir nicht vorhersehen konnten. Die eine ist die Subvention der Hagelbeschädigten. Wir haben die Hagelbeschädigten subventionirt „à fonds perdu" mit 200 000 Mark, die außerordentlich zur Berechnung kommen. Ferner sind Steuerausfälle bewilligt worden im Betrage von 125 000 ℳ. Das sind zusammen 325 000 ℳ. Das sind aber die geringeren Posten, denn wir haben außerordentlich noch veranlassen müssen für die Bekämpfung der Reblaus in Lothringen in den Gemeinden des Moselgebiets 500 000 ℳ. Diese beiden Ausgaben verhindern, daß wir im laufenden Jahre einen größeren Ueberschuß haben werden. Immerhin rechne ich noch auf einen Ueberschuß von etwa ½ Million Mark. Der Etat für 1898/99 schließt ab mit einer Balanzirungsanleihe von 2 400 000 ℳ. Unter diesen 2 400 000 ℳ befinden sich aber 2 000 000 Mark für Eisenbahnsubventionen. Wenn diese nicht aus den laufenden Einnahmen gedeckt würden, sondern im Wege des Kredits, würde der Etat bis 400 000 ℳ balanzirt. Wenn wir die Einnahmen im Etat für 1898/99 mit den Beträgen eingestellt hätten, welche sich im letzten Jahre wirklich ergeben haben, bei dem Ertragsstrement, bei der Getränkesteuer, Forstverwaltung, bei den direkten Steuern, so würde der Etat einschließlich der Eisenbahnsubventionen ohne Anleihe balanzirt werden können. Wir thun dies nicht, weil wir, getreu unseren bisherigen Grundsätzen, die Einnahmen im Etat niemals erhöhen, wenn wir nicht durch langjährige Erfahrungen sicher gestellt sind, daß die Einnahme auch wirklich diese Höhe erreicht. Wir haben darum die Einnahmen des vorliegenden Etats nicht erhöht, trotzdem sie in den letzten Jahren erhebliche Ueberschüsse über die Etatssätze aufgebracht haben. Unsere finanzielle Lage ist von drei Punkten abhängig. Erstens von dem Verhältniß zwischen dem Reiche und den Einzelstaaten. Auch in dieser Richtung haben wir letztes Jahr vom Reich immer noch über den reinen Reichs-Matrikularbeitrag hinaus Mehrüberweisungen durch das Reich bekommen. Nun kann ich nicht garantiren, daß nächstes Jahr uns das Reich über den Matrikularbeitrag hinaus noch Ueberweisungen zu gut kommen lassen wird. Aber Eines glaube ich, können wir annehmen, nach den Verhandlungen des Reichstags und den Erklärungen, die dort abgegeben worden sind: nämlich, daß das Reich kaum mehr von den Einzelstaaten an Matrikularbeiträgen verlangen werde, als es an Ueberweisungen gewährt. Ich gehe also vor Allem in Rechnung, daß das Reich von uns nicht mehr an Matrikularbeiträgen verlangt, als es uns an Ueberweisungen giebt.

Der zweite Punkt, der allerdings von Bedeutung, ist die Reblausfrage. Wir haben für die Reblaus ausgeben müssen im Jahre 1897/98, wie vorher erwähnt, 500 000 ℳ. Wir haben im Jahre 1896/97 ausgegeben 230 000 ℳ, zusammen also 750 000 ℳ in zwei Jahren. Mein Kollege von der landwirthschaftlichen Verwaltung wird Ihnen eine eingehende Darstellung bei der Etatsberathung geben über das, was geschah und geschehen muß unter Wahrung der landwirthschaftlichen Interessen der Winzer und der finanziellen Interessen des Landes.

Ein dritter Punkt sind die Eisenbahnsubventionen. Wir haben im Voranschlag übernommen 3 000 000 ℳ Eisenbahnsubventionen für elsässische Eisenbahnlinien. Wir schlagen Ihnen im Etat vor, die Bewilligung weiterer 3 Millionen für lothringische Eisenbahnlinien, nämlich Metz—Château-Salins und Deutsch-Oth—Frestch, macht zusammen 6 Millionen Mark. Von diesen sind etatisirt im Laufe des Jahres 1897/98 und in dem Etat für 1898/99 annähernd 3 Mill. Mark. Wir haben also im künftigen Etat noch 3 Mill. Mark für Eisenbahnen aufzubringen. Es ist möglich, daß dadurch eine vorübergehende Inanspruchnahme des Kredits erfolgen wird. Alles es wird ganz bestimmt anzunehmen sein, daß auch hierin wiederum ein Ausgleich sich für den nächsten Etat ermöglichen lassen wird.

Wir haben in den letzten 10 Jahren aus den laufenden Fonds ohne Inanspruchnahme des Kredits für außerordentliche Zwecke im außerordentlichen Etat 25 Mill. Mark aufgewendet, darunter 94 Millionen für Eisenbahnsubventionen. Wir nehmen bestimmt an, daß bei der günstigen regelmäßigen Fortentwickelung unserer laufenden Einnahmequellen es möglich sein wird, auch in künftigen Jahren noch im außerordentlichen Etat aus den laufenden Fonds reichliche Mittel für gemeinnützige öffentliche Zwecke zur Verfügung zu stellen. Auch bin ich der Ueberzeugung, daß die Frage der Besoldung der Landesbeamten sich ebenfalls im Rahmen und unter Berücksichtigung der Lage der Finanzen zur Erledigung bringen lassen wird.

Kundgebungen zum Flottengesetz.

Sr. D. dem Herrn Reichskanzler ist von der deutschen Kolonie in Mailand nachstehendes Telegramm zugegangen:

„Die deutsche Kolonie Mailands begrüßt freudig und dankbar die Maßnahmen der kaiserlichen Regierung zur Wahrung der Seemacht des Reiches".

Aus Schleswig ist dem Staatssekretair des Reichs-Marineamts, Kontreadmiral Kirpitz, nachstehendes, schon kurz erwähntes Schreiben zugegangen:

„Euerer Exzellenz wünschen die Unterzeichneten, Mitglieder der Ortsabtheilung Schleswig der deutschen Kolonialgesellschaft und Bürger der Stadt Schleswig, in den bevorstehenden Verhandlungen über den Flottenplan uneingeschränkten Erfolg. Wir sind davon überzeugt, daß die Sicherung unbeeinträchtigter Entwicklung unserer Flotte nothwendig, daß der Plan dazu zweckmäßig und gemäß den Mitteln des Reiches ausführbar ist, und daß er unserem Verfassungsrecht entspricht. Demgemäß hegen wir das Vertrauen, daß an diesem Plane keine Abänderung oder Beschränkung zugelassen wird.

Wir haben in wahrer Hochachtung die Ehre zu zeichnen als Ew. Exzellenz aufrichtig ergebene . . .

Die Unterschriften weisen die Namen der angesehensten Persönlichkeiten aus der weiteren Kreisen der Stadt auf. Es sind darunter ebenfalls zahlreiche angesehene Privatleute, wie Schriftsteller, Gewerbetreibende, Kaufleute, als Richter, Professoren, Forst- und Regierungsbeamte u. A. vertreten.

Ferner ist dem Herrn Staatssekretair des Reichs-Marineamts aus Eisenach folgendes vom 29. v. M. datirte Erklärung zugegangen:

„Euerer Exzellenz übersenden wir hierbeiliegend im Kivolisaal versammelte Bürger und Bürgerinnen Eisenachs, die unter dem Eindruck der ebenso sachlichen als warm patriotischen Worte des Herrn Kontreadmiral Werner zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß die von Ihnen eingebrachte Flottenvorlage zum Schutze des deutschen Handels und zur Bewahrung der Machtstellung des Reiches unbedingt nothwendig ist, herzlichen Dank für Ihr entschiedenes Eintreten und die Hoffnung aus, daß es Euerer Exzellenz gelingen möge, die Vorlage im Reichstage zur unverkürzten Annahme zu bringen."

Ausland.

Rundschau.

König Oskar von **Schweden** mohnte am Sonnabend der Jahresfeier des Schwedischen Journalistenvereins bei. In seiner Antwort auf die Begrüßungsansprache betonte er, daß dasjenige Land unschätzbare Vortheile besitze, welches eine lange ruhige und konsequente Entwicklung auf der Basis gesetzmäßiger Freiheit durchmacht, wie das schwedische Vaterland. Ein solches Volk sei würdig, eine freie Presse zu haben, es vermöge seine vielseitigen Kräfte zu benutzen und habe Mäßigung bei denselben nicht zu fürchten. Er hege den Wunsch, daß die Wirksamkeit der schwedischen Presse sich immer des Volkes würdig zeigen möge, und danke herzlich für die Einladung.

In **Wien** befürchtete man für den gestrigen Sonntag Ordnungsstörungen, da die sozialistische Partei angekündigt hatte, sie werde sich an das Verbot ihrer auf Sonntag vom gesagten öffentlichen Versammlungen nicht kehren. Der Tag ist aber vollkommen ruhig verlaufen. Nun hat bei prächtigem Wetter das gewohnte belebte Bild eines Sonntags. Die von der Regierung getroffenen polizeilichen und militärischen Maßnahmen hatten genügt, jedem Versuch einer ungesetzlichen Kundgebung vorzubeugen.

Nulla dies sine linea kann man mit Bezug auf die Beschwerden und Forderungen sagen, womit die **türkische** Regierung von den verschiedenen unter dem Szepter des Sultans stehenden christlichen Bevölkerungen angegangen wird. Gestern richtete das armenische Hinschaftsschiedskomitis neuerdings Beschwerdebriefe an die Botschafter der Mächte, und einem Bericht der „B. C." aus Salonikí zufolge, sollen die Vertrauensmänner der makedonischen Rumänen die Versicherung erhalten haben, daß die rumänische Regierung alle Mittel anwenden werde, um vom Sultan einen Berat für einen rumänischen Bischof in Makedonien zu erwirken.

Der Pariser „Gaulois" wendet in seiner letzten Nummern keine Aufmerksamkeit ebenfalls diesen Verhältnissen auf der Balkanhalbinsel zu und spricht sich darüber in folgender Weise aus:

„Der von Tag zu Tag deutlicher zu Tage tretende Antagonismus zwischen den verschiedenen Völkerschaften, welche Makedonien bewohnen, trägt auch nicht dazu bei, die Aufgabe der ottomanischen Regierung zu vereinfachen. Im Gegentheil bildet sich in den Balkanländern mehr und mehr ein Zustand heraus, der für die Pforte zeitweise sehr ernsthafte Schwierigkeiten schafft. Bis vor Kurzem beklagte man sich in Bulgarien über die Fortschritte, welche in Makedonien mit der Zustimmung und Unterstützung der Pforte die Serben machten. Heute zeigen sich die Griechen und Serben unzufrieden über die drei Berate, welche schließlich den Bulgaren bewilligt wurden. Indessen ist anzuerkennen, daß man im Phanar viel mehr Mäßigung und Zurückhaltung bewahrt, als dies seitens der Serben in Makedonien und seitens der Regierung in Belgrad geschieht. Nach den unverlüßlichen Informationen soll die Erbitterung der Serben gegen die Bulgaren so weit gehen, daß man jeden Augenblick befürchten muß, es möchte zwischen den beiden slavischen Elementen, welche sich das Uebergewicht auf der Balkanhalbinsel streitig machen, zum Ausbruch eines Konfliktes kommen, dessen Folgen unberechenbar wären. Dazu kommt die sehr merkliche Erkaltung der Beziehungen zwischen Serbien und Bulgarien seit der Rückkehr des Königs Milan in seine Staaten, eine Erkaltung, deren immer mehr sich verschärfender Charakter durch die Ablehnung des diplomatischen Agenten Serbiens in Sofia, Danitsch, mit hinlänglicher Deutlichkeit gekennzeichnet wird. Die türkischen Behörden in Makedonien haben über das Bedenkliche der Lage an die Pforte berichtet, und die ottomanische Regierung hält, wie man versichert, die Ergreifung militärischer Maßnahmen um so mehr für geboten, als im Bilajet Koffowo neuerdings bedeutende Waffendepots entdeckt worden sind. Türkei gestattet, daß Waffengemall einzuführen, damit die christlichen Bevölkerungen sich nicht in die Lage gerathen — das ist gewiß eine besonders seltsame Seite des verwickelten und vielleicht unlösbaren Problems, das man die soziale Frage nennt!"

Eine der „Pol. Corr." aus **Belgrad** zugehende Meldung konstatirt, daß die serbische Presse gegenüber der Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland für den kretischen Gouverneursposten bisher große Reserve beobachte und sich nur auf die Wiedergabe der darüber verbreiteten Nachrichten beschränke. Man dürfe jedoch aus diesem Umstande durchaus nicht schließen, daß in Serbien für diese Angelegenheit nur geringes Interesse vorhanden sei. Man verfolge vielmehr diese Frage in den Belgrader politischen Kreisen mit lebhafter Aufmerksamkeit und der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Ernennung des Prinzen Georg zum Gouverneur von Kreta unzweifelhaft eine Art von Vereinigung dieser Insel mit Griechenland bedeuten, somit das Gleichgewicht auf der Balkanhalbinsel, wie es durch den Berliner Vertrag festgestellt wurde, erschüttern würde. Es sei, wie man betont, klar, daß dies eine Schädigung Serbiens, dessen Nationalität zur Folge haben müßte, welche gegen über das Verlangen der Serben nach irgendwelchen Kompensationen nicht ausbleiben würde.

Die **abessynische** Gesandtschaft wurde am Sonnabend vom Sultan empfangen, welcher dem König Menelik den Großkordon des Imtiaz-Ordens mit Brillanten verliehen und demselben kostbare Geschenke gemacht hat. — Leontjew holt den Prinzen Heinrich von Orleans aus Paris ab, die übrige Gesandtschaft kehrt sogleich nach Adis-Abeba zurück.

Einem Drahtbericht aus **Havana** zufolge überfielen die Aufständischen das von Militair nicht besetzte Dorf Veras und verwundeten mehrere Bauern. Ferner brachten die Aufständischen bei Soledad einen Feldbahnzug zum Entgleisen, wobei fünf Personen verletzt wurden. — Der Aufständischenführer Torres hat sich unterworfen.

Eine Depesche aus **Lima** meldet, daß nach einer Nachricht aus Santiago in dieser Stadt der Belagerungszustand proklamirt sei; Zoilo Flores und andere hervorragende Mitglieder der Opposition seien verbannt.

Oesterreich-Ungarn.

Aus **Wien** wird uns zur Ergänzung der telegraphischen Meldung über die Art zum Anlaß des Gebutsfestes Sr. Majestät des Deutschen Kaisers veranstaltete Feier geschrieben, daß das Fest von der reichsdeutschen Kolonie in Wien in den Räumen des Vereins „Niederwald" veranstaltet war, daß an demselben die Mitglieder der Vereinigung deutscher Reservesoffiziere des Beurlaubtenstandes, des Vereins „Niederwald", des „Deutschen Hilfsvereins", des „Vereins der Bayern" x. Rheinlanden. Das Bankett fand unter dem Ehrenvorsitzen des deutschen Botschafters, dem Vorsitzen des bayerischen Gesandten, Freiherrn von Podewils-Dürniz, statt, welch Letzterer auch bei an den Deutschen Kaiser abgesendete Huldigungstelegramm zur Verlesung brachte; der erste der nichtoffiziellen Toste wurde auf den Fürsten Bismarck ausgebracht. Zu dem Festmahle in der deutschen Botschaft waren als Vertreter der reichsdeutschen Presse die Herren Hermann Freimal und Johann Meßmer geladen.

* **Wien**, 30. Januar. Der Kaiser begab sich heute früh nach der Kirch in der Kapuzinerkirche und verrichtete ein Gebet an dem Sarkophage des Kronprinzen Rudolf. — Es sind bereits eingetroffen der Kaiser des ungarischen Ministerpräsidenten, Baron Banffy, in einstündiger Audienz. — Nachmittags hatte, wie die „Budapester Correspondenz" meldet, die in Wien eingetroffenen Minister v. Lukacs und Daranyi eine Unterredung mit den österreichischen Ministern, Baron Gautsch, v. Böhm-Bawerk und von Kraber, in der Angelegenheit des Ausgleichs. Die beiden Finanzminister werden morgen die Verhandlungen fortsetzen. — Auf Verlangen des österreichisch-ungarischen Botschafters, Baron v. Calter, hat die Pforte die Führung des Prozesses Brazzafolli nach Adrianopel verlegt.

* **Leitmeritz**, 30. Januar. Heute wurde hier der deutsche Boltstag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Funke abgehalten; es nahmen daran zahlreiche Bürgermeister der umliegenden Städte und unter Anderen auch der Vorsitzende Wolf Theil. Es wurde ein Beschlußantrag angenommen, in welchem von der Regierung die Gewährleistung vollen Schutzes für die unentgeltlichkeit persönliche Freiheit sowie für die statutarisch festgestellten akademischen Rechte und Freiheiten der deutschen Hochschule in Prag gefordert wird. Ferner wurde unter Thränen der Angriffe, denen die deutschen Hochschüler in Prag von Seiten der tschechischen Bevölkerung ausgesetzt seien und welche eine Verlegung der deutschen Hochschulen in den Bereich der deutschen Bevölkerungsgebiete nothwendig erscheinen machten, die Zustimmung zu den Beschlüssen des gestrigen Akademikertages ausgesprochen.